

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 25 · 30. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 22. Juni 1929

Schließt die Reihen!

Es ist nicht das erstemal, daß wir diese Mahnung an die Bauerschaft richten, aber selten ist es uns mit dieser Mahnung so ernst gewesen, und selten bestand für die Arbeitnehmerschaft insgesamt jebiel Grund, diese Mahnung zu befolgen und ihre Reihen zu schließen. Ohne Zögern. Ohne Lücken.

Wer Augen und Ohren aufmacht, der weiß, wie ernst gegenwärtig die Situation für die Arbeitnehmer ist. Fast ausnahmslos ist es auf der ganzen Linie in allen Industrie- und Gewerbebezügen zu ersten Spannungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekommen. Und wie schwer und hartnäckig war auch heuer im Baugewerbe das Ringen um die Tarife. Deutlich ist zu merken, wie der Einfluß der Arbeitgeber anderer Industrien auch die Entwicklung zum guten Bauarbeiterlohn hemmt. Das sozialreaktionäre Element im Unternehmerlager setzt sich rücksichtslos durch, über den Rahmen einzelner Industrien hinweg. Tonangebend ist natürlich hier die Schwerindustrie. Denke keiner, was haben wir Bauarbeiter mit diesen Leuten zu tun. Es darf nicht in Vergessenheit geraten, daß vor allem die rheinisch-westfälische Schwerindustrie schon mehrfach in die Arbeits- und Wohnverhältnisse der Bauarbeiter eingegriffen hat. Und in Zukunft wollen diese Leute noch mehr mitreden. Auf dem letzten Eisenhüttenstage wurde von dem Sprecher der Arbeitgeber unter Beifall

eine Verstärkung der Arbeitgeberfront

gefordert. Es wurde die Schaffung von Querverbindungen mit allen Arbeitgebern und allen Industrie- und Gewerbebezügen empfohlen. Das soll heißen, die Arbeitgeber erstreben eine breite, festverbundene Front, die vom größten Stahltrust und Bergwerkskonzern, ganz abgesehen davon, daß sie ja auch selbst Bauten ausführen, der Welt bis zum kleinsten Bauunternehmer reicht. Diese Front soll sich natürlich in erster Linie gegen die Gewerkschaften bzw. gegen die Arbeitnehmer richten.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Arbeitgeber ihr Ziel erreichen. Wer als Bauarbeiter glaubt, er habe nur mit seinem „Krauter“ zu tun, der irrt ganz gewaltig. Schon eine oberflächliche Beobachtung des Arbeitgeberkampfes gegen die Saisonarbeiterunterstützung in der Arbeitslosenversicherung zeigt, mit welcher Schärfe das gesamte Arbeitgeberlager speziell gegen die Bauarbeiter eingestellt ist. Längste sich daher keiner über den Ernst der Lage. Die Erkenntnis des wahren Sachverhaltes würde sonst eines Tages zu bitter sein.

Schließt die Reihen ohne Zögern und ohne Lücken! Tragt diese Mahnung weiter in die Reihen der Unorganisierten! Es gibt ihrer noch allzu viele. Leider sind gerade diese die Ursache, warum die Arbeitgeber so stark aufbegehren und weshalb sie die Hoffnung haben, mit den Arbeitern schon fertig zu werden. Ein lädenhafter Zaun verleiht viel eher zum Einbruch in Nachbars Garten als eine hohe starke Mauer. Schafft diese Mauer?

Ist es notwendig, daß wir noch ausführlich darauf hinweisen, wie die Unorganisierten herangeholt werden können? Jeder sollte es eigentlich wissen. Sicher wissen es viele auch. Deshalb wollen wir uns heute nur auf einige Hinweise beschränken, zumal jeder schon selbst den richtigen Weg geht, wenn er mit dem notwendigen Ernst und der inneren Überzeugung bei der Sache ist. Und wer sollte gegenwärtig nicht ernst gestimmt sein, wenn die innere Überzeugung von der Notwendigkeit starker christlicher Gewerkschaften fehlen.

Klassen wir die Unorganisierten auf der Arbeitsstelle beim Schopfe, fassen wir sie fest und lassen wir sie nicht mehr los. Versuchen wir es, ihnen in echt kameradschaftlichem Geiste klarzumachen, was ihre Pflicht ist. Benutzen wir die Pausen oder den Weg von und zur Arbeitsstelle zur Werbung. Auch wenn hier ein kleiner Umweg zum Heim in

den Kauf genommen werden muß. Laden wir den alleinstehenden jungen Mann, der noch hin und her schwankt, der noch voller Zweifel und Widersprüche ist, ein, uns an einem Sonntag zu besuchen oder machen wir mit ihm einen Spaziergang. Sprechen wir mit dem Familienvater von den gemeinsamen Sorgen und Nöten, und zeigen wir ihm den Ausweg, den Weg der Selbsthilfe, der sich immer noch als der beste erwiesen hat. Reden wir auf die Eltern ein, daß sie ihre Jungen schon gleich, solange sie sich von den Eltern noch etwas sagen lassen, in die christlichen Gewerkschaften einführen.

Viele werden widerstreben. Sie kommen mit allen möglichen und unmöglichen Einwänden, sie scheuen selbst nicht davor zurück, die Gewerkschaften zu beschimpfen. Das Gefühl der eigenen Unwürdigkeit und das Bewußtsein der Mißachtung seitens ihrer Arbeitskollegen suchen sie dadurch zu verdecken, daß sie von der Unwürdigkeit der Gewerkschaften reden und sie in Mißkredit zu bringen versuchen. Aus der eigenen Schuld wollen sie eine Schuld anderer machen. Der kundige Gewerkschaftler wird den wahren Grund des Widerstandes schnell erkennen. Sind es doch meistens dieselben Gründe. Die Beitragszahlung schreckt die meisten zurück. Hier bildet der Wille des Mannes, dort der Wille der Frau das Hindernis. An anderen Stellen sind es wieder die Eltern, die sich dem Eintritt des jungen Menschen in den Verband widersetzen. Sie erklären, ihr Junge soll erst mal ordentlich verdienen, dann könne er in den Verband eintreten. Persönliche Gründe sind auch mitunter ausschlaggebend. Vielleicht gefällt dem Unorganisierten A. die Nase des Vertrauensmannes B. nicht. Nicht selten werden wir vor allem unter den Jungen auch zuviel Gleichgültigkeit gegenüber dem Ernst des Lebens finden.

Wir dürfen aber nicht müde werden, die Widerstände zu brechen. Es genügt nicht nur eine Stunde oder ein Tag, um den unorganisierten Arbeiterkameraden zu werden. Wenn irgendwo Beständigkeit am Plage ist, dann hier. Und wenn unsere Ueberredungskunst und Ueberzeugungskraft nicht ausreichen, dann holen wir noch einen Werber zu Hilfe. Machen wir mal zu zweit eine Hausagitation. Sie ist äußerst wirksam und bei planmäßiger Durchführung immer von schönen Erfolgen begleitet gewesen. Wenn nun dem einen oder anderen bei längerer erfolgloser Werbung der Geduldsfadens doch einmal reißt, wenn er ärgerlich wird und sich sagt, ich rede kein Wort mehr mit diesem unorganisierten eigensinnigen Tropf, so ist das verständlich, aber sicher nicht klug. Man verbleibe vorerst freundlich, schicke dem Widerstrebenden dagegen einen anderen Arbeiterkameraden auf den Hals, der sich einmal für acht Tage an dessen Fersen heftet und ihn ununterbrochen zu bearbeiten versucht, bis dieser nötigenfalls wieder von einem Dritten abgelöst wird. Dieser Methode wird der Unorganisierte gewiß nicht widerstreben, und versucht er es dennoch, dann, aber erst dann, kann ihm plausibel gemacht werden, daß sein unkameradschaftliches Verhalten auch uns Gewerkschaftler der Pflicht enthebt, ihn als Kameraden zu betrachten.

Auch hier müssen wir konsequent sein. Nicht fünf gerade sein lassen, wie das so häufig geschieht. Nicht nachgiebig sein, wo es zu unserem und unseres Standes Schaden ist. Lernen wir hier von den Arbeitgebern. Diese wissen Außensteiter schon klein zu kriegen.

Wenn auch die Unorganisierten in erster Linie für unsere Werbung in Frage kommen, so wollen wir doch nicht vergessen, daß es auch unter den Andersorganisierten noch viele gibt, die innerlich zu uns gehören. Sicher gibt es auch unter den sozialistisch Organisierten viele Arbeitskollegen, die an der Erlösungskraft des Sozialismus irre geworden sind. Suchen wir auch diese in unsere Reihen zu bringen.

Ueber diese Werbearbeit hinaus muß es für uns eine Selbstverständlichkeit sein, die Mitglieder, die wir einmal für unseren Verband gewonnen haben, auch zu behalten. Sorgen wir dafür, daß sie uns beim Wechseln der Arbeitsstelle oder des Wohnortes nicht verlorengehen. Müssen wir hier nicht alle viel mehr Obacht geben? Zu viel sind uns auf diese Weise in der Vergangenheit immer wieder verlorengegangen. Wie stark wären wir heute ohne diese sich immer wiederholenden Verluste.

Stark müssen wir werden, viel stärker als wir sind. Es ist Gefahr im Verzuge, große Gefahr. Darum nochmals:

Schließt die Reihen, ohne Zögern und ohne Lücken!

Um die Arbeitslosenversicherung Ergebnislose Verhandlungen

Am 11. Juni begannen die interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien über die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung. Die Verhandlungen wurden am 14. Juni ergebnislos abgebrochen. Sie scheiterten an der starren und schroffen Haltung der Deutschen Volkspartei, die sich zu keinerlei Entgegenkommen bereit zeigte. Im Mittelpunkt der Differenzen standen die Beitrags- und die Saisonarbeiterfrage. Trotz der von allen Sachverständigen vertretenen Ansicht, daß ohne eine Beitragserhöhung die Finanzen der Reichsanstalt nicht zu sanieren sind, blieb die Deutsche Volkspartei bei ihrer ablehnenden Haltung. Dabei steht fest, daß selbst ein starker Abbau der Leistungen und die Einschränkung des Kreises der Versicherten der Arbeitslosenversicherung die notwendige, gesicherte Existenzgrundlage nicht schaffen würde. Aber eine Verschlechterung ist auch gar nicht diskutierbar. Erfreulicherweise sehen die anderen Parteien auf dem Standpunkt, daß ein Abbau der Leistungen, der den Zweck des Gesetzes in Frage stellt, unbedingt abzulehnen ist, zumal dann, wenn damit nicht einmal die Sicherung der Finanzen erreicht wird. Wohl sind sie zu gewissen notwendigen Reformen bereit.

Zur Frage der Stellung der Saisonarbeiter wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Unter anderem wurde eine Staffelung der Unterstützungssätze vorgeschlagen nach der Dauer und Höhe der Beitragsleistungen, um so Leistung und Gegenleistung in ein Verhältnis zu bringen. Es handelt sich also um eine ähnliche Methode, wie sie bei der Verbandsunterstützung üblich ist. Alle Versicherten würden bei dieser Regelung nach dem gleichen Prinzip behandelt, eine Sonderbehandlung einzelner Berufe sände nicht statt.

Wie die Dinge nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen weitergehen werden, ist noch nicht klar. Die „Germania“ meint, daß wohl jetzt die Reichsregierung die Initiative ergreifen und den Parteien Vorschläge zur Durchführung eines Sofortprogramms machen würde. Hoffentlich führt dieser Weg zu besseren Ergebnissen. Wir unterstreichen im Übrigen das, was „Der Deutsche in Nr. 138, vom 15. Juni, sagt:

„Wir sind gewiß keine Freunde der Beitragserhöhung und haben unsere Bedenken dagegen wiederholt geltend gemacht. Aber wir haben von Anfang an der Debatte den Standpunkt vertreten, daß wir bei der Frage: Entweder schwerer Einbruch in die Struktur des ganzen Gesetzes oder Beitragserhöhung für die Beitragserhöhung Stellung nehmen. In dieser Hinsicht sind sich auch die Angestellten, die mehr denn je von der Arbeitslosigkeit betroffen werden, mit den Arbeitern einig. Wenn zudem das Reich die gewährten Darlehen niederlegt — und es wird sich dieser Forderung gerechterweise kaum entziehen können —, dann wird die Beitragserhöhung auch wohl nur für eine gewisse Zeit notwendig sein. Es ist schließlich nicht damit zu rechnen, daß auch der nächste Winter so abnormal schwer wird.“

Bezüglich der Saisonarbeiter stehen die christlichen Gewerkschaften auf dem Standpunkt, daß diese nicht als Versicherte zweiter Klasse behandelt werden dürfen. Um aber den versicherungstechnischen Grundsätzen mehr Rechnung zu tragen, sind Bestrebungen im Gange, Beitragsleistung und Unterstützungsbezug für alle Versicherten ohne Ausnahme besser als bisher miteinander in Einklang zu bringen.

Bei dem ehrlichen Willen auch der Gewerkschaften, vorhandene Mißstände auszuräumen, dürfte eine Einigung nicht unmöglich sein. Wenn die Arbeitgeber aber glauben, ihren parteipolitischen Einfluß bis ins Unerträgliche geltend zu machen, dann werden sie auf stärkste, für sie unüberwindliche Widerstände stoßen. Das Gezeß ist einmal da. Es muß und wird weiterleben."

Bei Redaktionsluß erfahren wir noch, daß die Deutschnationale Reichstagsfraktion einen Reformvorschlag eingebracht hat. Es wird eine so weitgehende Verlängerung der Wartezeit vorgeschlagen, daß die Mehrzahl der Arbeitslosen niemals Unterstützung bekommen könnte. Wir kommen darauf in der nächsten Nummer der „Baugewerkschaft“ noch ausführlich zu sprechen.

Von der fürsorgenden zur versorgenden Sozialpolitik

Auf der 12. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf begründete der Vorsitzende, der ehemalige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, die Notwendigkeit der Sozialpolitik sehr treffend. Er sagte unter anderem:

„In den Zielen der sozialen Bestrebungen zeigt sich eine deutliche Wandlung. Die Staatsfürsorge wendet sich nicht mehr ausschließlich den Arbeitsunfähigen, den Kranken, Alten, Invaliden zu, sondern immer mehr auch den Gesunden, Arbeitsfähigen. Damit ist folgerichtig verbunden, daß nicht mehr die Versorgung Schwacher, sondern die Vorbeugung gegen die Schwäche im Vordergrund steht. Deshalb sehen wir überall eine Entfaltung des Arbeitsschutzes, mit dessen wichtigstem Teil, der gesetzlichen Regelung der Beschäftigungsgelegenheit für erwachsene männliche Arbeitnehmer, die Internationale Arbeitskonferenz 1919 ihre Tätigkeit begann. In der Sozialversicherung, die sich nach Umfang und Inhalt bedeutend entwickelt, tritt neben die Rente als gleichberechtigtes das Streben nach Vermeidung der Rentenbedürftigkeit durch Hebung der Volksgesundheit, vorbeugende Heilverfahren und vor allem auch durch Mutterchutz. Nicht weniger bedeutsam als diese menschenökonomischen Zweige der Sozialpolitik, ist ihre Ausweitung durch eine systematische Arbeitsmarktpolitik. In einer vor dem Kriege nie geahnten Weise versucht der Staat die Arbeitermassen vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren, oder wenigstens die Folgen der Verdienstlosigkeit zu mindern. Damit wird ein Schritt von grundsätzlicher

sozialer Bedeutung getan. Denn wenn der Staat die Unsicherheit der Existenz aus dem Leben der in abhängiger Arbeit tätigen Millionen nimmt oder sie merkbar einschränkt, so trifft er damit den Kern der sozialen Frage. Der Ausbau des Arbeitsrechts ist einer von den letzten Versuchen, die früher tatsächlich rechtliche Benachteiligung der Arbeitnehmer zu beseitigen. Darin sehe ich das allerwichtigste Stück der heutigen Sozialpolitik. Sie führt nicht nur den arbeitenden Massen die segensreiche Bedeutung des Staates vor Augen, bringt sie zur Anerkennung, zur Vorbedingung des Staates, sondern sie schafft auch die Voraussetzungen für die Mitarbeit dieser Massen im Staate. Neben das Vermögenrecht tritt das Arbeitsrecht, das bewußtes Menschenrecht ist, das also Leben, Gesundheit und Arbeitskraft, die in fremdem Dienste stehen, vor Schädigung durch mißbräuchliche Ausnutzung sichert. Wir Deutschen sind auf neue Wege zur Lösung dieser Aufgaben gedrängt. Man kann diesen neuen Weg mit einem Wort als kollektives Arbeitsrecht bezeichnen. Eine wirklich vertragmäßige Regelung der Arbeitsbedingungen setzt aber eine kollektive Willensbildung der Unternehmer voraus. Das ist auch ein Grundgedanke des Betriebsrätegedankens. Die Freiheit von dem Unternehmer haben andere Organisationen in langem und zähem Kampf gegen die Unternehmer und vielfach auch gegen die Staatsgewalt errungen, es sind die Gewerkschaften und Berufsvereine. Daß sie heute in der Verfassung und im Arbeitsrecht anerkannt und zur Grundlage der Arbeitsregelung gemacht sind, das scheint mir der bedeutendste Wandel in der Sozialpolitik vieler Staaten zu sein. Der kollektive Wille hat den Vorrang vor dem Einzelwillen. Die Unabhängigkeit des Tarifvertrages ist dem einzelnen Arbeitnehmer ein wirkungsvoller Schutz. Es ist für ihn daher auch eine soziale Pflicht, sich zu organisieren.“

Ist ausreichender Wohnungsbau ohne öffentliche Mittel möglich?

Gegen die Wohnungszwangswirtschaft und die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau wird immer wieder die Behauptung ins Treffen geführt, daß die Kapitalbildung in Deutschland ausreiche, den Wohnungsbau aus Mitteln des freien Kapitalmarktes zu finanzieren. Zu dieser Frage gab vor einiger Zeit der Deutsche Verein für Wohnungsreform die folgende bemerkenswerte Erklärung ab:

1. Eine Finanzierung des Wohnungsbaues in Deutschland allein aus Erträgen des deutschen Kapitalmarktes ist bis auf weiteres eine Unmöglichkeit; sie würde zudem wegen der hohen Zinslasten Mieten bedingen, die eine gewaltige Erhöhung aller Gehälter und Löhne in Deutschland erforderten.
2. Auf die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau und die Aufbringung der zweiten Hypothek (Hauszinssteuerhypothek) kann noch nicht verzichtet werden. Nur auf diesem Wege ist es möglich, die erforderlichen Mittel bereitzustellen und dabei

zu Mieten zu kommen, die Deutschlands Wettbewerbs- und Zahlungsfähigkeit sicherstellen.“

Zur Begründung dieser Stellungnahme wird der Erklärung das Folgende beigegeben:

„Der Reparationsagent hat in seinem Bericht über die Lage der deutschen Wirtschaft auch die Wohnungsfrage zum Gegenstand seiner Betrachtung gemacht. Entsprechend seiner sonst geäußerten günstigen Beurteilung der deutschen Wirtschaft ist er der Auffassung, daß der deutsche private Kapitalmarkt auch den Wohnungsbau allein finanzieren müsse und könne, und daß nur die zwangswirtschaftliche Bindung des Privatkapital bisher von der Beteiligung an der Finanzierung des Wohnungsbaues abgehalten habe.“

Wir halten uns für verpflichtet, dieser Ansicht aufs nachdrücklichste entgegenzutreten. Auch wir betrachten die Befreiung der Wohnungswirtschaft von den Fesseln der Zwangswirtschaft als ein anzustrebendes Ziel. Wir müssen jedoch mit aller Entschiedenheit erklären, daß für eine zunächst nicht abzusehende Zeit auf eine Beteiligung der öffentlichen Hand an der Geldbeschaffung für den Wohnungsbau nicht verzichtet werden kann. Die Finanzierung des Wohnungsbaues hat mit der Zwangswirtschaft nichts zu tun. Die Mietbildung bei Wohnungsneubauten ist gesetzlichen Beschränkungen nicht unterworfen. Würde die öffentliche Hand an der Aufbringung der zweifelhafte Beilehung ausfallen, so müßten, wenn überhaupt ausreichende Mittel vom privaten Geldmarkt aufzubringen wären, bei der Höhe des in Deutschland für den Realcredit geltenden Zinsfußes so ungeheuerliche Mieten gefordert werden, daß sie bei den derzeitigen Einkommensverhältnissen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten und weitaus der Kreise des gewerblichen Mittelstandes für den größten Teil des deutschen Volkes untragbar wären. Nur die Hauszinssteuer ermöglicht es, die Neubaumieten auf einer einigermaßen erträglichen Höhe zu halten. Daß trotz des hohen Zinsfußes von etwa 10 Prozent für eine erstklassige Hypothek der deutsche Kapitalmarkt nicht in der Lage gewesen ist, den Wohnungsbau auch nur im Rahmen der ersten Hypothek zu 40 Prozent einwandfrei zu finanzieren, erweist neben den Schwierigkeiten, die die Beschaffung dieses Kapitalanteiles in sämtlichen vergangenen Jahren verursacht hat, allein die Tatsache, daß im Jahre 1927 etwa 700 Millionen Mark zwischenkreditlich und kurzfristig aufgebracht werden mußten, da die langfristige Beilehung nicht aufzutreiben war.

Seit Jahren geht das Bestreben der am Wohnungsbau beteiligten Kreise dahin, Auslandsmittel zur Finanzierung des Wohnungsbaues in Deutschland heranzuziehen, weil der deutsche Kapitalmarkt die erforderlichen Mittel nicht aufbringen kann. Es muß daher nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre als eine Unmöglichkeit bezeichnet werden, dem deutschen Kapitalmarkt auch noch die 50 Prozent zu nehmen, die neben dem 10 Prozent Eigenkapital an der Neubaufinanzierung fehlen, und die bisher von der Hauszinssteuer gedeckt wurden. Gelänge dieses Wunder aber wider Erwarten, so würden neben den Schwierigkeiten, diesen zweifelhafte Realcredit hinreichend zu sichern,

Das 1000 jährige Duderstadt

Stadt und Kreis Duderstadt sind in der Geschichte der christlichen Gewerkschaften, vor allem der des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter nicht unbekannt. Eine sehr gute, überzeugte Stammenschaft haben sie den christlichen Gewerkschaften gestellt. Wenn wir heute unsere Gedanken auf die Stadt Duderstadt lenken, so hat das eine ganz besondere Bewandnis. Am 22. Juni feiert nämlich die Stadt Duderstadt ihr 1000jähriges Bestehen.

Ein jeder, der die Stadt von irgendeinem Tor aus (Bezeichnung der Stadteingänge von früher) betritt, stellt ohne Belehrung sofort fest, daß es sich hier um eine alte Stadt handeln muß. In dieser seiner Annahme wird der Wanderer noch mehr bestärkt, wenn er die Stadt durchquert und nicht zuletzt, wenn er die zwei Kirchen auf dem Marktplatz findet, und sein Auge unmittelbar auf das wunderbare, alte Rathaus fällt. Ein lauberes Städtchen, denkt der Wanderer. Er ist ungerne, etwas aus der Vergangenheit dieses in der „Goldenen Mark“ inmitten fruchtbarer Feldstrecken und Wiesen, Haine und Waldungen gelegenen Stadt mit ihren zwei schreitenden Leoparden im Wappen zu erfahren.

Was sagt uns die Geschichte über Duderstadt? In „Dudel, Das Eichsfeld“ wird Duderstadt besungen mit dem Vers: „Aus schattigen Linden schaut hervor das alte, lichte Duderstadt, das noch manch Altertum bewahrt und wackere, tranke Bürger hat.“ Begrenzt vom Leinegan und dem Eichsfeld im Süden, nördlich und westlich vom Ussan, liegt die schon vor sehr früher Zeit so genannte Goldene Mark mit dem Mittelpunkt Duderstadt und den Dörfern Gerlingrode, Jahrbach, Langenhagen, Brothhausen, Hilkerode, Breitenberg, Ringrode, Oberneuf, Esplingrode, Senningen, Defingrode, Berghausen, Resselroden, Jannigrode, Tiffingrode, Wessero, Gerburg, Bernhausen, Germerhausen, Kollshausen, Rüdershausen, Hunspringe, Berlingrode, Diekerode, Bröhme, Eslingerode, Jern, Hunsberg, Wintingerode, Wehde, Talsagen, Hensdorf, Stendorf, Chungenberg, Duderode, Eidingrode, Herwigshaus, Hagsdal, Bern, Stadterode, Rosenthal, Judenthal, Loteln, Rodewitz, Dackefeld, Dörenhagen, Jaldshaus, Stigen-

Obernfeld, Sütgen, Rüdershausen, Ringrode, Wessernhagen, Stendorf, Oßernhagen, Kampe, Weenige, Zeifungenbach und Wülbungen.

Zum erstenmal wird Duderstadt urkundlich erwähnt im Jahre 929. Kaiser Heinrich I. hatte als Herzog von Sachsen Duderstadt im Besitz und gab es seiner Gemahlin zum Leibgedinge. 974 gab Kaiser Otto II. die Mark Duderstadt dem Stifte Quedlinburg. Ein Herrscher folgte im Laufe der Jahrhunderte dem anderen. Fast jeder bemühte sich immer wieder, die Stadt nach dem jeweiligen Kriegsausbruch mit Wällen und Mauern zu festigen, so daß Duderstadt eine gute Festung gewesen sein muß. Davon geben heute noch Zeugnis die Stadtwälle und Stadtgräben, die jetzt noch mit ihren herrlichen, alten Linden und schönen Anlagen den ehemaligen Zweck erkennen lassen. Im Jahre 1263 kam Albrecht, der Sohn Kaiser Ottos III., nach Duderstadt, verbot dem Adel ganz entschieden jede Beunruhigung der Bevölkerung und verließ der Stadt bei seinem zweiten Besuch, der in die Zeit von 1272—1276 fiel, das jetzt noch gültige Stadtsiegel mit zwei Leoparden.

Im Mittelalter herrschte in Duderstadt reges Leben. Die Handwerkskunst, vor allem die Baukunst, leistete Großes. Das jetzt noch bestehende Krankenhaus St. Martin erhielt im Jahre 1448 einhundert rheinische Gulden für seine Kapelle geschenkt. Am 30. Juli 1394 war die Grundsteinlegung der schönen und großen Marienkirche. Im Volksmund wird dieses Bruchsteinwerk, welches mit seinen zwei Türmen wie eine Kathedrale wichtig den Marktplatz ziert, die Oberkirche genannt, im Gegensatz zu der „St. Servatiuskirche“, die den unteren Platz des Marktes ziert und Unterkirche genannt wird. Der den großen und stets sauber gehaltenen Marktplatz als Fremder betritt und die wichtige Schönheit der alten Bauwerke so recht auf sich wirken läßt, wird gern auch in den Nebenstraßen suchen und finden, was dort Kunst, Fleiß und Sitte an Kunst und Wissen den kommenden Generationen gegeben haben. Von Ehrfurcht wird jeder Besucher ergriffen, wenn ihn am Sonntag von der Marienkirche plötzlich vom hohen Turm herab das Geläute grüßt, und noch mehr wird er in Erstaunen gesetzt, wenn die größte Glocke mit ihrem starken Schlag ein harmonisches Geläute hervorzaubert,

welches seinesgleichen erst suchen muß. Für den Kunstkenner und Altertumsfreund bietet die Stadt der Goldenen Mark, Duderstadt, wirklich Sehenswürdigkeiten. Zwei Marktkirchen, ein altes Rathaus, in dessen unmittelbare Nähe eine schöne Mariensäule aus dem 18. Jahrhundert steht, die Toranlagen des alten Festungsringes, nach den vier Himmelsrichtungen so benannt, daß der Anfangsbuchstabe dieselben erkennen läßt: Oberntor, Westertor, Steintor und Neutor.

Vor allem ist das Westertor sehenswert. Aus der Stadtmitte wollen wir dieses Tor auf dem kürzesten Wege erreichen. Da haftet unser Auge an einem Turm, der gewunden in die Höhe ragt. Unter ihm durch geht die Stadtstraße. Wir sind am Westertor mit der alten Stadtmauer. Von diesem Turm aus überschauten Wächter einstens Stadt und Umgegend. Nicht nur sollten sie einen etwa heranrückenden Feind entdecken, sondern auch eine ausbrechende Feuersbrunst durch Feuer Signale bekanntgeben. In der Nacht meldeten Signale die angefangenen Stunden.

Duderstadt hatte im Laufe der Jahrhunderte mehrere große Feuersbrünste zu verzeichnen, die einige Male ganze Stadtviertel in Asche legten. Auch während des Dreißigjährigen Krieges hat die Stadt schwer gelitten. Noch einige Jahre vor dem Kriege brannten in der Stadtmitte viele Häuser ab. Das Feuer schlug über auf die St. Servatius-Kirche und legte ihren Turm nieder, der jetzt aber wieder neu errichtet ist und somit dem inneren Stadtbild zu der Jubelfeier wieder die historische Fassung gibt.

Heute hat Duderstadt etwa 7000 Einwohner, erfreut sich eines guten Besuches seiner höheren Schulen und hat sich den Anforderungen, die man an eine solche Stadt stellt, gut angepaßt. Erwähnenswert ist noch, daß in Duderstadt, wie auf dem ganzen Eichsfelde, eine vorzügliche Würst hergestellt wird, deren Güte sehr bekannt ist und die Abnehmer in allen Gegenden Deutschlands hat.

Wer das tausendjährige Duderstadt und auch seine an Naturschönheiten reiche Umgebung besucht, wird sicherlich — vor allem der Kunst- und Naturfreund — auf seine Kosten kommen, und oft und gern wird der Besucher sich später des schönen Duderstadt erinnern.

was schon vor dem Kriege ernste Gefahren für die Wohnbautätigkeit bedeutete, für diese zweiten Hypotheken noch wesentlich höhere Zinsen gezahlt werden müssen, als für die ersten Hypotheken.

Der gegenüber dem Frieden für die erste Stelle verdoppelte Zinsendienst würde für die zweite Stelle mindestens eine Verdreifachung erfahren und zusammen mit den auf 180-200 Prozent gestiegenen Baukosten eine aufs Vielfache gestiegene Friedensmiete bedingen.

Rentabilitätsberechnung

Table with 2 columns: Rentabilitätsberechnung eines Vorkriegsbaues, and Rentabilitätsberechnung eines Nachkriegsbaues bei Finanzierung aus dem privaten Kapitalmarkt. Includes percentages and calculations for interest and capital.

Das heißt, es würde sich eine aufs 2,75fache gestiegene Verzinsung ergeben. Bereint mit einer nur 1,8fachen Verteuerung der Baukosten, würde dies die 2,75 x 1,8 = 4,95 oder rund 5fache Friedensmiete erfordern.

Allgemeine Rundschau

Die Arbeitsunfallverhütung vor der Internationalen Arbeitskonferenz

Im Rahmen der Internationalen Arbeitskonferenz beanspruchten gegenwärtig die Sitzungen der einzelnen Kommissionen Interesse. So behandelte die Kommission für Zwangsarbeit den Punkt des Fragebogens über die Dauer der Zwangsarbeit.

Die Kommission für die Verhütung von Arbeitsunfällen genehmigte die Eingangsbestimmungen der vier unterbreiteten Vorträge. Hier konnte die Arbeitnehmergruppe einen Erfolg verbuchen.

Die kommende „Deutsche Bau-Ausstellung“ 1931 in Berlin

Vor einiger Zeit ist zwischen den im „Berein Bauausstellung“ zusammengeschlossenen Spitzenverbänden der Bauwirtschaft und der Stadt Berlin eine endgültige Vereinbarung über die Organisation der kommenden „Deutschen Bau-Ausstellung“ erzielt worden.

Am 22. Juni 1929 ist der fünfundsamzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1929 fällig.

und Friedhofskunst, sollen in die Ausstellung mit einbezogen werden. Die Vorarbeiten zur Ausstellung sind bereits so weit gefördert, daß schon vor mehreren Wochen mit den hauptsächlichen Arbeiten begonnen werden konnte.

Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeit

Gegen die Sprüchmacher unter den katholischen Intellektuellen, die dem Arbeiter mit großen Worten, aber nicht mit der Tat zu helfen versprechen, und die daher auch für die nüchterne Tagesarbeit der Gewerkschaften kein Verständnis aufbringen, findet das „Kolpingblatt“ (Nr. 4, 1929), das Organ der katholischen Gesellenvereine, nachfolgende mannhafte Worte: „Was die Arbeiterschaft bis heute erreicht hat, verdankt sie den Gewerkschaften.“

Genossenschaftstag in München

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. B., Köln, hält seinen 20. ordentlichen Genossenschaftstag vom 20. bis 22. Juli d. J. in München (Bürgerbräufelder) ab. Auf der Tagesordnung stehen, neben der Verhandlung geschäftlicher Angelegenheiten, folgende Vorträge: 1. „Konsumorientierte Wirtschaft“, Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning S. J., Frankfurt a. M.; 2. „Ethik und Konsumgenossenschaftswesen“, Generalsekretär Lic. theol. Alfred Grunz, Berlin; 3. „Konsumgenossenschaften und Arbeiterbewegung“, Fritz Baltrusch, Berlin, Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

Die Genossenschaften des politischen und religiös neutralen Reichsverbandes erwarten von den Vorträgen der geistlichen Herren beider Konfessionen eine Vertiefung der sittlichen Grundidee der Konsumgenossenschaftsbewegung, wie sie Prof. Brauer, Köln, bereits in seinem Vortrag „Der Gemeinschaft Werden“ auf dem Dresdener Verbandstag im Jahre 1925 dargestellt hat.

Tariffbewegung

Gesperrt sind die Firmen Holtkamp, Möllenkamp, Biermann und Knille in Ebnshäusern wegen Nichtzahlung des Tariflohnes. Zutug ist fernzuhalten.

Aus dem Verbandsleben

Verwaltungsstelle Warburg. Freitag, den 31. Mai, fand im Ratskeller eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Der Hauptzweck der Versammlung war die Gründung einer Jugendgruppe. Es waren eine große Anzahl Jungmänner erschienen, und es konnten etwa 30 junge Kollegen aufgenommen werden.

Verwaltungsstelle Arnberg. Am Sonntag, den 9. Juni, feierte der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Arnberg (Sitz Reheim), sein 25jähriges Bestehen, und zwar zu Freienuhl. Einen schönen Anlaß zum Feste bildete morgens der Gottesdienst in der Pfarrkirche, an dem die Mitglieder der Ortsgruppe Freienuhl geschlossen teilnahmen.

stem Wetter ein großer Festzug, an dem sich Mitglieder aus der gesamten Verwaltungsstelle beteiligten, durch die festlich geschmückten Straßen. In der Schützenhalle fand dann die eigentliche Feier statt.

Der Festakt wurde eröffnet mit dem Vortrag eines sinnvollen Prologs, vorgetragen von Herrn Friedrich Wedder (Reheim). Kollege Kalbers (Reheim) hielt dann die Begrüßungsansprache. Namens des Verbandes hieß er alle Festteilnehmer herzlich willkommen. Sein besonderer Gruß galt den Jubilaren, dem Festredner, Kollegen Anton Schmidt (Berlin), zweiten Vorsitzenden des Verbandes und Gründer der Verwaltungsstelle, sowie den Ehrengästen und den Bruderverbänden.

Herr Bürgermeister Horn übermittelte der Festversammlung die Grüße der Ortsbehörden und Herr Gewerkschaftssekretär Klammeier (Reheim) die der Bruderverbände. Die Glückwünsche der Geistlichkeit wurden in einem herzlich gehaltenen Schreiben des hochw. Herrn Pfarrers Gerwin der Versammlung übermittelt.

Die Festrede hielt der 2. Zentralvorsitzende, Kollege Anton Schmidt (Berlin); er führte ungefähr folgendes aus:

Wenn wir heute einen Rückblick auf die verfloßenen 25 Jahre werfen, so stellen wir eine gewaltige Veränderung fest. Als wir damals unseren Verband gründeten, würden wir nicht so begrüßt wie am heutigen Tage, fast überall fanden wir erbitterte Gegnerschaft. Die Behörden betrachteten uns argwöhnisch, weil man glaubte, die christlichen Gewerkschaften seien wohl genau so, vielleicht noch radikaler als die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Unternehmer, damals erbitterte Gegner gewerkschaftlicher Organisationen, führten den Kampf gegen unsere Mitglieder vielfach persönlich. Da wo sie ermittelten, daß ein Bauarbeiter organisiert war, wurde er entlassen und fand oft Wochen und Monate keine Arbeit wieder. Man glaubte so die Bauarbeiter im Schach halten und den Verband zerbrechen zu können. Obgleich in diesen Jahren unsere Mitglieder wie auch der Verband jung und ohne Erfahrungen waren, haben wir uns behauptet. Ja, je schärfer wir bekämpft wurden, desto mehr entwickelte sich unsere Organisation.

Schwer zu leiden hatten wir vor 25 Jahren unter dem Druck der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Unsere Mitglieder wurden von ihnen vielfach terrorisiert, aber wir haben uns nicht unterkriegen lassen. Dieser Kampf gegen uns, wie überhaupt gegen das Christentum, wird heute von den sozialdemokratischen Gewerkschaften noch mit derselben Energie geführt wie ehemals, wenn auch mit feineren Waffen. Die Sozialdemokratie und die mit ihr verwandten freien Gewerkschaften sind und bleiben christentumsfeindlich. Die Parole für die christlich denkende Arbeiterschaft heißt darum: „Hinein in die christlichen Gewerkschaften, stärkt deren Reihen, denn nur dann ist die christliche Weltanschauung gesichert!“

Schwere Kämpfe haben wir bis heute führen müssen um die Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Vor 25 Jahren bestand fast überall eine übermäßig lange Arbeitszeit, dabei wurden aber nicht die geleisteten Stunden bezahlt, sondern ein kärglicher Tagelohn, und dieser war nicht einmal feststehend. Je nachdem wie die Konjunkturverhältnisse waren, wurde der Tagelohn willkürlich von den Unternehmern festgesetzt. Das ist anders geworden! Unser Verband, der von Anfang an den Tarifgedanken verfocht, hatte es bereits lange vor dem Kriege erreicht, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe tariflich festgelegt wurden. Auch die Arbeitgeber haben sich zum Tarifgedanken bekennen müssen.

Heute betrachtet man die gewerkschaftlichen Organisationen als einen Bestandteil der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Niemand macht es den Gewerkschaften mehr streitig, als Vertreter der Arbeiterschaft aufzutreten. Dieses besagt aber nicht, daß wir nun ruhig in den Tag hineinleben können. Wachsamkeit und stete Agitation für die Gewerkschaften ist auch heute notwendig. Mit Spiel und Sport können die Interessen des Arbeiterstandes nicht gewahrt werden. Leider gibt es jedoch auch Arbeiter, die fast nur dem Sport leben; daß der Sport aber vielfach begünstigt und herausgestellt wird, um den Arbeiter von der Gewerkschaftsarbeit fernzuhalten, kommt ihnen hierbei nicht in den Sinn. Will die Arbeiterschaft, daß ihrem Stande Gerechtigkeit zuteil wird im Staats- und Wirtschaftsleben, will sie, daß unserem Volke das Christentum erhalten bleibt, so muß sie sich in den christlichen Gewerkschaften zusammensuchen. — Anschließend nahm Kollege Schmidt dann die Ehrung der Jubilare vor. 15 Jubilaren konnte er eine Ehrenurkunde für 25jährige Treue zum Verbands überreichen. Außerdem wurde den Jubilaren das Verbandsabzeichen in Silber überreicht.

Kollege Kalbers dankte am Schluß des Festaktes dem Festredner wie auch Herrn Bürgermeister Horn und Herrn Gewerkschaftssekretär Klammeier für ihre Ausführungen. Die Jugend forderte er auf, dem Beispiele der Jubilare zu folgen und treu zur Organisation zu stehen, denn dadurch sei den Familien, dem Stande und dem gesamten Volke gedient.

Stadbed. (Außerordentliche Verwaltungsstellenkonferenz.) Zu einer wichtigen Konferenz hatte die Verbandsleitung die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen am 10. Juni zusammengerufen. — Zunächst berichtete Kollege Einig über die Vorbereitungen zu dem 25jährigen Jubiläum. Da auch die übrigen christlichen Bruderverbände an der Veranstaltung teilnehmen, dürfte mit einem glänzenden Verlauf gerechnet werden. Sodann wurde zu den Reformbestrebungen in der Arbeitsloienverbesserung Stellung genommen. Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Einig kamen die einzelnen Delegierten zum Wort. Allseitig kam die

Erbitterung der Ortsgruppenvertreter über die reaktionären Bestrebungen weiter Arbeitgeberkreise unerbittlich zum Ausdruck. Mit Nachdruck wurde von allen Disziplinsprechern hervorgehoben, daß sich die christlichen Bauarbeiter eine weitere Verschlechterung unter keinen Umständen kampflos gefallen lassen. Noch zitterte die Ausnahmebestellung des letzten Winters in den Bauarbeiterfamilien nach. Die Mitteilung der Verbandsleitung und der „Baugewerkschaft“, daß auch die Arbeitgeber des Baugewerbes offen in das Lager der Gegner der Arbeitslosenversicherung eingeschwenkt seien und die dunklen Pläne bezüglich der Saisonarbeiter unterstützen, wurde mit eigenartigen Gefühlen aufgenommen. Damit haben die Bauarbeiter erneut bewiesen, daß sie von der Groß- und Schwerindustrie abhängig sind. Ihre soziale Rückständigkeit sei damit erneut bestätigt worden.

Sodann wurde eine Entschliessung angenommen und beschlossen, dieselbe den Abgeordneten des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Reichstag zuzusenden. In der Entschliessung werden die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Saisonarbeiter von der Arbeitslosenversicherung auszuschließen, abgelehnt. Die realen Verhältnisse, heißt es weiter, liegen heute in der Bau- und Wohnungswirtschaft so, daß ein nicht geringer Teil der baugewerblichen Arbeiter zu jeder Zeit im Jahre ohne Arbeit und Verdienst ist. Die Arbeitslosigkeit hat jetzt keinen saisonmäßigen Charakter mehr, sondern sie wird ausschließlich von dem Darniederliegen des Bauhandwerks bedingt. Im Bezirk Gladbeck und im übrigen West sind zurzeit bei der besten Bauzeit in fast allen Kommunen bis zu 20 Prozent der Bauarbeiter ohne Beschäftigung. Täglich werden der Verbandsleitung und den einzelnen Arbeitsämtern immer neue arbeitslose Bauarbeiter gemeldet. Aussicht auf eine Besserung im hiesigen Baugewerbe ist nicht vorhanden. Mit nicht geringem Schrecken denken daher die meisten Bauarbeiter an die kommenden Monate. — Leider ist die industrielle Bauzeitigkeit, die in früheren Jahren, wenigstens in den Wintermonaten, den Bauarbeitern zutage kam, gänzlich zurückgegangen. Selbst wenn der kommende Winter außerordentlich sein sollte, würden dennoch die meisten Bauarbeiter ohne Einkommen bleiben, weil keine Aufträge vorliegen.

Ungeachtet dieser wirklichen Verhältnisse wäre es geradezu unverantwortlich, und würde es große Not für viele Bauarbeiterfamilien bedeuten, die heute teilweise noch unter den Nachwirkungen der letzten großen Arbeitslosigkeit an Verschuldung leiden, wenn der Reichstag den Anträgen der Schornmaier stattgäbe. — Die christlichen Bauarbeiter wollen in erster Linie Arbeit. Solange man ihnen diese nicht geben kann, muß dafür gesorgt werden, daß Leben und Gesundheit der Bauarbeiter und ihrer Familien gewährleistet sind. Gleiches Recht für jeden Staatsbürger, dieser Grundgedanke müsse auch in der Arbeitslosenversicherung gelten. — Einer Beitragserhöhung könne nur dann das Wort geredet werden, wenn dieselbe zur Sanierung der Reichsaufsicht bzw. der Arbeitslosenversicherung benutzt wird.

Unerbittliche Kampfesweise des Baugewerksbundes

Siegen. Zu unserem Mitglied Schäfer (Siegen, Schulstraße) kam der Kassierer der Genossen, legte den „Grundstein“ und eine Karte auf den Tisch und erklärte der Frau, daß er der neue Verbandskassierer sei. Auf die Frage, ob denn die Karten billiger geworden seien (er forderte 10 Pf. weniger als wir), erklärte er: „Bei mir sind sie billiger.“ Die Frau hatte bei ihrer Arbeit gar nicht auf die Zeitung und Karte geachtet. Darüber kam unser Kollege und stellte fest, daß dies Beitrag sei, und daß er als Mitglied des christlichen Verbandes nichts von „Grundstein“ und Baugewerksbund wissen wolle, und verbat sich weitere Belästigungen von Seiten der Genossen.

Einige Wochen später kam ein Kassierer des Baugewerksbundes zu der Frau unseres Kollegen Fischer (Siegen, Hermelsbacher Weg) während der Abwesenheit ihres Mannes und erklärte ihr, er solle das Buch ihres Mannes abholen, der wolle sich überschreiben lassen. Die Frau bezweifelste dieses, aber der Genosse sagte, dies sei wahr, ihr Mann habe ihn geschickt. Darauf gab die Frau das Buch ab. Dann verlangte der Genosse noch 1,50 RM. Uberschreibungsgebühren. Dies lehnte die Frau ganz entschieden ab mit der Begründung, da wolle sie erst mit ihrem Mann mal sprechen. Darauf ging der Genosse ohne Geld, aber das Buch nahm er mit. Als unser Kollege nach Hause kam, berichtete die Frau von dem Vorfall. Der Kollege war erstaunt, denn er hatte niemandem den Antrag gegeben, ihn anzuschreiben, ließ auf das Büro der Genossen und forderte sein Buch zurück. Dort wurde erklärt, daß sie kein Buch nicht hätten. Darauf ging unser Kollege zu dem Kassierer der Genossen und forderte sein Buch zurück. Erst wurde es ihm verweigert, und erst als er mit dem Gericht drohte, gab ihm der Kassierer des Genossen sein Buch zurück.

Es muß um die Sache des Baugewerksbundes im Siegerland nicht so gut bestellt sein, wie es den Worten in den Versammlungen erklärt wird, sonst hätte man unseres Erachtens nicht notwendig zu solchen Agitationsartikeln zu greifen.

Stuttgarter und Pöcher

Offen. Unsere Ortsgruppe feierte am 28. Mai ihr 25jähriges Bestehen, verbunden mit Ehrung der Jubilare. Um 6 Uhr wurde die Feier mit einem Musikvortrag eröffnet. Der 1. Vorsitzende, Kollege Brunsler, begrüßte die Anwesenden, besonders den Mitbegründer unserer Zunftstelle, Bezirksleiter Hänschen (Köln),

welcher die Reise nicht geschickt hatte, um an unserer Feier teilzunehmen. Kollege Koch (Bochum), sowie Kollege Graf (Frankfurt) schickten Glückwünsche und bedauerten, an der Feier nicht teilnehmen zu können. Kollege Diedrich nahm nun die Ehrung der sieben Jubilare vor und betonte, welche Fülle von Kämpfen und treuer Pflichterfüllung in den 25 Jahren enthalten sind. Er erwähnte besonders die Jugend, es diesen alten Kämpfern gleichzutun und für die hohen Ziele unseres Verbandes zu streben. Er überreichte einem jeden der Jubilare die Silbernadel nebst Ehrenurkunde. Darauf nahm Bezirksleiter Hänschen das Wort und führte aus, welche schwere Zeit es damals gewesen sei, als die Ortsgruppe der Stukkateure gegründet wurde, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen hatten, aber auch mit welchen Erfolgen das Zusammenhalten der Kollegen belohnt worden ist. Seine Ausführungen klangen aus in dem Wunsch, daß es den Jubilaren vergönnt sein möge, auch das goldene Jubiläum zu feiern.

Die Rede hielt Kollege Schneiders. In klaren überzeugenden Worten schilderte er das Werden und Wirken des Verbandes. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Wieder wechselten mit Musikvorträgen. Auch die Jugend kam zu ihrem Recht und konnte dem Tanzvergnügen huldigen. In später Stunde trennte man sich in dem Bewußtsein, einige erhebende Stunden verlebt zu haben.

Sozialpolitik u. -versicherung

Wenn jemand eine Doppelbeschäftigung, gemischt aus selbständiger und unselbständiger Tätigkeit, ausübt und sodann die unselbständige Tätigkeit verliert, die selbständige Tätigkeit aber weiterhin ausübt, so ist er nicht arbeitslos, wenn die übrigbleibende selbständige Tätigkeit von ihm in einem solchen Umfang ausgeübt wird, daß er dadurch dem Arbeitsmarkt entzogen ist. Der Kläger besitzt ein landwirtschaftliches Anwesen mit nicht ganz drei Hektar teils eigenem, teils gepachtetem Grundbesitz; er hält zwei Kühe und ein Jungvieh. Im letzten Jahre vor der Arbeitslosmeldung war er größtenteils als Hilfsarbeiter beschäftigt. Nach Verlust dieser Arbeitnehmerstätigkeit ist ihm die Arbeitslosenunterstützung bewilligt worden. Mit Wirkung vom 12. März 1928 hat der Vorsitzende des Arbeitsamts die Unterstützung jedoch wieder entzogen, weil der Kläger nicht arbeitslos sei; denn er könne in seinem landwirtschaftlichen Betrieb arbeiten. In der Entscheidung des Spruchsenats zu diesem Falle heißt es unter anderem:

„Der Besitz eines landwirtschaftlichen Anwesens steht der Gewährung der Arbeitslosenunterstützung nicht schlechthin entgegen, auch dann nicht, wenn deshalb etwa Bedürftigkeit zu verneinen ist. Denn Bedürftigkeit ist keine Voraussetzung der Arbeitslosenunterstützung. Arbeitslosigkeit kann in Fällen dieser Art auch nicht ohne weiteres deshalb verneint werden, weil der erforderliche Lebensunterhalt durch Bearbeitung des vorhandenen Grundbesitzes erworben werden kann.“

Nach § 37 hat Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, wer arbeitslos ist und außerdem die übrigen dort angeführten Voraussetzungen erfüllt. Was unter Arbeitslosigkeit im Sinne des § 37 Nr. 1 zu verstehen ist, ist im Gesetz nicht näher angegeben. Für die Fälle der vorliegenden Art bedarf es jedoch keiner umfassen den Auslegung des Begriffs der Arbeitslosigkeit nach allen seinen Voraussetzungen. Denn jedenfalls hängt die Entscheidung in solchen Fällen schon ausschlaggebend von der folgenden, in der Rechtsprechung bereits herausgehobenen Voraussetzung ab. Der Senat hat nämlich in früheren Entscheidungen bei Beurteilung der Frage, ob Arbeitslosigkeit trotz Ausübung einer selbständigen Tätigkeit vorliegt, Gewicht darauf gelegt, ob der Betreffende durch die nach Wegfall der unselbständigen Arbeitnehmerstätigkeit ausgeübte andere Tätigkeit dem Arbeitsmarkt entzogen ist oder nicht. Auf der anderen Seite hat der Senat ausgesprochen, daß die Übernahme einer selbständigen Tätigkeit, die sich im Rahmen der Gelegenheitsarbeit im Sinne des § 112 A.B.G. hält, begrifflich die Arbeitslosigkeit im Sinne des A.B.G. nicht ausschließt, sofern der Arbeitslose auch weiterhin gewillt ist, unselbständige Arbeitnehmerstätigkeit wieder zu übernehmen. Dieser Grundgedanke ist auch für die Fälle der vorliegenden Art jedenfalls dann richtunggebend, wenn die nach Verlust der unselbständigen Beschäftigung noch beibehaltene selbständige Resttätigkeit darauf ist, daß die Person dem Arbeitsmarkt entzogen ist. Dieser Grundgedanke erfaßt also einmal die Gruppe derjenigen Personen, die bisher gleichzeitig und persönlich eine selbständige und unselbständige Tätigkeit ausgeübt, sodann die unselbständige Tätigkeit verloren haben, dagegen die selbständige Tätigkeit weiter ausüben. Ebenso muß er auch Personen ergreifen, die erst nach Verlust der unselbständigen Tätigkeit im Laufe einer Arbeitslosenunterstützung die selbständige Tätigkeit aufgenommen haben.

Es auf der anderen Seite schlechthin Arbeitslosigkeit vorliegt, wenn solche Personen nach dem Umfang ihrer Tätigkeit dem Arbeitsmarkt nicht entzogen sind, kann hier unentschieden bleiben. Jedenfalls ist nach der E. 3185 Nr. 1 die Arbeitslosigkeit dann nicht zu verneinen, wenn sich die selbständige Tätigkeit im Rahmen der Gelegenheitsarbeit im Sinne des § 112 A.B.G. hält und der Arbeitslose auch weiterhin gewillt ist, unselbständige Arbeitnehmerstätigkeit wieder zu übernehmen, also dem Arbeitsmarkt nicht entzogen ist. Wenn eine Person durch

ihre Tätigkeit dem Arbeitsmarkt entzogen ist, ist die Frage, die nach den gesamten Umständen des Einzelfalles zu entscheiden ist.“ — Entsch. des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 25. Januar 1929 (II a Nr. 187/28).

Bekanntmachungen

Verwaltungsstelle Siegen

Ab 1. Juli befindet sich unser Büro in Siegen, Friedrichstr. 50. Alle Sendungen sind zu richten an Alfons Jung, Siegen, Friedrichstr. 50.
Der Vorstand. J. A.: Jos. Wildfeuer.

Protokolle der Danziger Generalversammlung sind noch abzugeben. In Reinen gebunden 3.— RM., ungebunden 1,50 RM. Jede größere Verwaltungsstelle soll im Besitz eines Protokolls sein.
Der Hauptvorstand.

Sterbetafel

Am 24. Mai starb unser Kollege Johann Kracht im Alter von 53 Jahren. Er war seit Gründung unseres Verbandes Mitglied und ein steter Kämpfer für die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Ziele. Alle, die ihn kannten, werden ihm ein gutes Andenken bewahren.
Verwaltungsstelle Bochum.

Am 4. Juni starb unser treues Mitglied und Mitbegründer unseres Verbandes, der Maurer Joh. Georg Heinr. Braun, im Alter von 70 Jahren. Kollege Braun war 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes.
Ortsgruppe Bad-Homburg / Kirdorf v. d. Höhe.

Am 4. Juni starb unser treuer Kollege August Teßloff an den Folgen eines schweren Unfalls — er war von einem Auto angefahren worden. Kollege Teßloff hat sich um unsere Ortsgruppe sehr verdient gemacht.
Ortsgruppe Mellentin.

Am 5. Juni starb unser treuer Kollege Stephan Cwede im Alter von 56 Jahren. Er war seit Gründung des Verbandes, 24 Jahre, Mitglied und langjähriger Kassierer.
Verwaltungsstelle Beckum (Zimmerer).

Ehre ihrem Andenken!

Achtung, Zimmerer!

Jeder Zimmerer, welcher das Schiften in kürzester Zeit perfekt und gründlich erlernen will, lasse sich sofort das Schiftungsbuch von Baugewerksmeister Althaus senden. Preis per Nachnahme 3,75 RM. durch Ernst Steinbrecher, Dresden-N., Albrechtstraße 29.

Schmale Teakholz-Wasserwaagen

Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 cm
Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,80 2,65 2,50 2,20 RM.
Ich garantiere für solide und genaue Anfertigung. Bestellungen per Post werden unter Nachnahme zugestellt. Von 4 Stück an portofrei. Von 11 Stück an eine gratis. Sämtliche Maurer-, Stukkateur- und Plattenlegerwerkzeuge, nur erste Qualität, zu billigsten Preisen. Prospekte werden unentgeltlich versandt.
Bei Bestellung Größe und Form angeben.
Walter Richter, Düsseldorf-Unterrath

Wer probt, lobt „Wanderlust“

die Garantieware
Echt Teakholz-Wasserwaagen mit Messingplatte und Messingringen, genau ausgelotet.
Holz aus alten Schiffen, daher beste Ware. Mit billigerer Ware nicht zu vergleichen. Bei Abnahme von 6 Stück portofrei. Bei Abnahme von 12 Stück eine gratis.
25 50 60 70 75 80
2,40 2,80 3,— 3,40 3,60 3,70
90 100 cm
3,90 4,10

Was nicht gefällt, wird zurückgenommen.
Alle anderen Garantie-Werkzeuge für Maurer, Stukkateure, Plattenleger und Ofenseher laut Liste billigst.
S. Rask & Sohn, Remscheid, Wilhelmstr. 34.

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!

Stärke 25 X 50 und 25 X 55 mm
Extra Qualität
100 90 80 75 70 60 50 cm
4,50 4,25 4,— 3,85 3,75 3,50 3,25 RM.
gewöhnliche Qualität
3,40 3,20 3,— 2,90 2,80 2,60 2,40 RM.
Sämtl. Werkzeuge lt. Katalog sofort lieferbar. Verf. geg. Nachn. Bon 10 RM. an portofrei. Jede 12te Wasserwaage wird gratis geliefert.
Westermeier & Co., Bielefeld, Bielefeldstraße.